13-04 Miho OTAGOSHI (1989)

Die Gewerkschaften von Beamten

Die Gewerkschaften der Beamten haben nicht so viel Rechte wie die Betriebsgewerkschaften, denn Beamte sind dem Staat zu besonderer Treue verpflichtet. Natürlich haben die Beamtengewerkschaften auch das Recht, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und des Gehalts oder mehr Urlaub zu verlangen, aber es ist schwer, so etwas zu erreichen. Deswegen sind die meisten Beamten nicht in einer Gewerkschaft, während die meisten Angestellten und Arbeiter zu ihrer Firmengewerkschaft gehören.

Ebenso wie in Deutschland dürfen in Japan auch Richter, Postbeamte, Lehrer, Krankenschwestern oder Leute von der Müllabfuhr einer Gewerkschaft beitreten, Polizisten und Feuerwehrleute aber nicht. Beamte dürfen nicht streiken, und Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit sind verboten. Die Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst kann man nicht frei vereinbaren, denn das Parlament beschließt sie und auch den Haushaltsplan. Beamte müssen Japaner sein.

In der Bundesrepublik gehören 80 Prozent aller Beamten zu einer Gewerkschaft, und es gibt sogar eine Polizeigewerkschaft. Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst dürfen streiken, Beamte aber nicht. In Deutschland sind viele Parlamentsmitglieder beurlaubte Beamte, und sie vertreten im Parlament die Interessen der Beamten oft sehr energisch, so daß viele Leute denken, daß man im öffentlichen Dienst zu viel verdient.

Zum DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) gehören auch Gewerkschaften von Beamten und Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst:
 Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Deutsche Postgewerkschaft
 Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)
 Gewerkschaft der Polizei

Ich habe mit einer Bekannten von mir ein Interview gemacht; sie ist Volksschullehrerin, und ich habe sie gefragt, was die Lehrgewerkschaft macht. In Japan gibt es in jeder Provinz eine Lehrgewerkschaft und für ganz Japan einen Verband der Lehrgewerkschaften. Es kommt oft zu Auseinandersetzungen zwischen den Lehrern und dem Kultusministerium, weil die Lehrer anderer Meinung sind als das Kultusministerium. Der Verband veranstaltet einmal im Jahr eine große Tagung, und dabei diskutieren die Vertreter der Provinzgewerkschaften über pädagogische Probleme und den gegenwärtigen Zustand der Schulen und fordern die Lehrer zum Streik auf. Andererseits gibt es viel Lehrer, die sich an diesen Aktivitäten der Gewerkschaften nicht beteiligen wollen. Ich glaube, die Beziehungen zwischen dem Kultusministerium und den

Lehrergewerkschaften sind auch deswegen nicht gut, weil es viele Lehrer gibt, die sich nicht für die Erziehung der Kinder interessieren, sondern nur Unterricht geben, um Geld zu verdienen. Natürlich sollen Beamte auch Geld verdienen, aber ich meine, es ist für sie viel wichtiger, daß die Schüler Vertrauen zu ihnen haben.

Quellen:

Angaben der Gewerkschaften; Statistisches Bundesamt, Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln

Arbeitsplatz und soziales Leben Sanshusha, Tokio:

10 *Tatsachen über Deutschland: Bertelsmann Lexikothek Verlag*